

Islamische Religionsgemeinschaft Hessen/IRH

Pressemitteilung

"IRH fordert Frieden und respektvollen Diskurs in schwierigen Zeiten ohne Doppelmoral"

Die Islamische Religionsgemeinschaft Hessen/IRH möchte in einer offiziellen Stellungnahme die Kritik im Zusammenhang mit unserer Kundgebung am 28. Oktober 2023 auf dem Rathausvorplatz in Gießen ansprechen. Wir sind uns der kritischen Reaktionen bewusst und möchten unsere Position zu dieser Angelegenheit klarstellen.

Zunächst möchten wir betonen, dass die IRH eine lange Geschichte der Unterstützung für Frieden, Gerechtigkeit und Völkerrechtskonformität verfolgt. Unsere Gemeinschaft setzt sich nachdrücklich gegen jegliche Form von Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus ein, unabhängig von dessen Ursprung oder Ziel. Wir stehen für ein friedliches Zusammenleben aller Kulturen und Religionen in unserem Bundesland und darüber hinaus.

Die Kundgebung am 28. Oktober 2023 in Gießen wurde von uns organisiert, um unsere tiefe Empörung und Besorgnis über die andauernden Völkerrechtsverstöße des Staates Israel und die Gewalt im Gazastreifen zu äußern. Wir haben das Recht der Palästinenserinnen und Palästinenser auf ein sicheres und würdiges Leben immer unterstützt, genauso wie wir für das Recht der israelischen Zivilisten auf Unversehrtheit verteidigen.

Wir müssen klarstellen, dass einige Aussagen des Mitveranstalters, Herrn Mohammad Ghanem, während der Kundgebung nicht die offizielle Position der IRH widerspiegeln. Wir sehen, dass einige Aussagen in ihrer Emotionalität und Intensität die Grenzen des angemessenen Diskurses überschritten haben. Als Palästinenser ist er persönlich und familiär stark betroffen von Kriegsverbrechen des Staates Israel in Gaza und im Westjordanland, weshalb er in seinem Entsetzen besonders emotional reagierte, was menschlich nachvollziehbar sein sollte. Er steht aber genauso wie wir entschieden gegen jede Form von Rassismus und Antisemitismus ein.

Wir sind der Überzeugung, dass die Lösung für den Konflikt im Nahen Osten nur durch Dialog, Verständigung und die Achtung des Völkerrechts erreicht werden kann. Gewalt, Hass und Rassismus sind keine akzeptablen Wege zu einem gerechten Frieden.

Dazu möchten wir hier zwei Absätze aus unserem Aufruf bei unseren Kundgebungen in Frankfurt und Gießen wiedergeben:

1. Alle Länder in der Region haben das Recht friedlich, in sicheren und anerkannten Grenzen und ohne Gewaltandrohungen zu leben. Israel existiert und steht nicht zur Disposition, leugnet aber das Existenzrecht eines palästinensischen Staates und zerstört seit Jahrzehnten die Grundlagen zur Schaffung dessen. Das Recht des palästinensischen Volkes auf seinen eigenen Staat ist unbestreitbar.
2. Alle Gleichsetzungen der aktuellen Ereignisse mit der Vernichtung der europäischen Juden während der Zeit des Faschismus (Holocaust-Relativierungen) weisen wir ebenso zurück, wie Argumentationen, die für Rassisten und Neo-Nazis ein politisches Betätigungsfeld eröffnen. Wir werden auf der Kundgebung keinerlei antisemitische Parolen, Plakate oder Transparente dulden.

Kritisch zu erwähnen ist jedoch, dass einige Kritiker bislang kein einziges Wort der Kritik an den Kriegsverbrechen des Staates Israels und keinerlei Distanzierung von seinen Völkerrechtsverstößen äußern, während sie wie Seismographen jedes gesprochene Wort überprüfen und kritisieren. Diese arroganten Kritiker versuchen anderen kleinlich jeden Fehler anzukreiden, aber sie wollen die eigenen, schwerwiegenden Fehler nicht sehen.

Dies erinnert an das biblische Zitat aus dem Neuen Testament, in dem Jesus (Friede sei mit ihm) sagte: "Warum siehst du den Splitter im Auge deines Bruders, aber den Balken in deinem eigenen Auge bemerkst du nicht?" (Matthäus-Evangelium 7:3). Dann sagte Jesus (Friede sei mit ihm) weiter: „Du Heuchler! Zieh zuerst den Balken aus deinem Auge, dann kannst du versuchen, den Splitter aus dem Auge deines Bruders herauszuziehen.“ (Matthäus- Evangelium 7:5)

Wir gehen davon aus, dass diese Erklärung unsere Position in dieser Angelegenheit klarstellt und dazu beiträgt, Missverständnisse zu klären. Die IRH wird weiterhin für Frieden, Toleranz und Verständigung einzutreten und gleichzeitig Doppelmoral sowie Verstöße gegen das Völker- und Menschenrecht unvermindert anprangern.

02.11.2023

Ramazan Kuruyüz
(Vorsitzender)